

NACHRICHTEN

Schlepper nutzten LKW mit „Horrorliste“

In Summe 35 bis 40 Menschen sollen zwei Männer von Rumänien nach Österreich geschleppt haben. Verwendet wurde dabei eine unter dem Sattelanhänger eines Lkw angebrachte sogenannte Paletten-Box, die von den Flüchtlingen als „Horrorliste“ bezeichnet wurde. Für die Geschleppten war die Fahrt lebensgefährlich. Die Flüchtlinge waren durchwegs stark unterkühlt, mehrere Menschen wurden von den Abgasen des Lkw bewusstlos.

Tatverdächtiger in Graz in Haft

In Graz hat die Polizei einen 23-Jährigen festgenommen, der als dringend Tatverdächtiger im Fall der Tötung einer 41-Jährigen in einem Mehrparteienhaus infrage kommen soll. Die Polizei hatte sie nach einem Wohnungsbrand gefunden, laut Gerichtsmedizin war sie an Stichverletzungen innerlich verblutet. Ob der Brand gelegt worden war, um die Tat zu verschleiern, war vorerst noch unklar.

Tiroler schoss in Tür der Nachbarin

Das Tiroler Landeskriminalamt ermittelt gegen einen 42-Jährigen wegen des Verdachts des versuchten Mordes. Der Mann soll eine Nachbarin in einem Mehrparteienhaus in Wörgl bedroht und mit einer Langwaffe in ihre Wohnungstür geschossen haben.

Steiermark schickt E-Busse über Land

Das Land Steiermark schickt in den kommenden Wochen die ersten mit Strom betriebenen Regionalbusse zu Testzwecken auf die Straße. Die E-Busse werden im Raum Murau und rund um Weiz sowie im Vulkanland zum Einsatz kommen, kündigte Verkehrslandesrat Anton Lang (SPÖ) an. 1,3 Mio. Euro werden in das Test-Projekt gesteckt; Ende des Jahres soll es einen Zwischenbericht geben.

Umwelt. Das Land Niederösterreich regte eine Prüfung an, ob die Aroniabeeren eines Landwirts einen gefährdeten Vogel stören - just auf der Fläche, auf der es eine Schnellstraße errichten wollte.

Eine Beere im Visier der Behörden

VON ERICH KOCINA

Markgrafneusiedl. Und plötzlich sollen seine Beeren nicht naturverträglich sein? Seit zehn Jahren baut Leopold Haindl in der Marchfelder Gemeinde Markgrafneusiedl Aroniabeeren an, rund 17 Hektar Fläche hat er mit der Frucht bebaut, die wegen ihrer gesundheitsfördernden Eigenschaften als „Superfood“ gepriesen wird. Doch nun wurde ihm per Anruf von der Bezirkshauptmannschaft Gänserndorf mitgeteilt, dass Zweifel an der Naturverträglichkeit der Beere bestehen könnten. Der Auftrag dafür kam, wie aus einem Aktenvermerk des Anrufers hervorgeht, von der für Naturschutz zuständigen Fachabteilung des Landes.

Konkret geht es um den Triel, einen seltenen Vogel, der in diesem Gebiet lebt und brütet. Es gebe die Vermutung, dass die Beeren nicht optimal für den Lebensraum des Tieres sind - so steht es in einem Telefonprotokoll, das Haindl beim Anruf erstellte. Und dass er nun die Möglichkeit habe, einen Antrag zu stellen, dass die Naturverträglichkeit der Aroniabeeren geprüft werde. Sonst würde die Umweltschutzbehörde einen solchen stellen.

Straße im Vogelschutzgebiet

Um die Geschichte zu verstehen, ist ein Blick zurück nötig. Haindls Aroniefeld liegt genau dort, wo die S8, die Marchfeld-Schnellstraße, durchführen soll. Sie wurde bekanntlich im Herbst 2021 durch das Bundesverwaltungsgericht vorerst gestoppt. Wegen „Mängeln im Behördenverfahren und der Missachtung naturschutz- und artenschutzgesetzlicher Bestimmungen“, wie es in der Begründung hieß. Ein maßgeblicher Grund dabei war eben der Triel. Sowohl Asfinag als auch Land Niederösterreich wollten die Straße durch das Gebiet bauen, in dem der Vogel brütet.

Ein Gebiet, das noch dazu ein Natura-2000-Gebiet ist - als Teil des Vogelschutzgebiets Sandboden und Praterterrasse. Und das



Seit zehn Jahren baut Leopold Haindl Aroniabeeren an – nun wurde ihm nahegelegt, ihre Naturverträglichkeit zu prüfen. [Clemens Fabry]

seit einer Erweiterung im Jahr 2020 auch Haindls landwirtschaftliche Flächen inklusive Aroniakultur umfasst. Das ist es auch, was Haindl besonders ärgert. Dass das Land beim Straßenbau offenbar andere Maßstäbe angelegt habe als nun bei seiner landwirtschaftlichen Fläche.

„Der Vogel war allen lang egal, und auf einmal sollen wir auf den Triel aufpassen?“ Was Haindl, wie



er meint, nicht stört - er kümmere sich selbst darum, dass der Vogel gute Bedingungen habe. Aber er ortet in der Aktion ein „kleines Retourfoul“, wie er es nennt. Weil er sich heftig gegen die Errichtung der Straße quer durch seine Felder gestemmt hat - und seine Einsprüche auch mit zum vorläufigen Stopp geführt hätten. Haindl hätte, so meint er, beim projektierten Straßenverlauf große Teile seiner landwirtschaftlichen Flächen nicht mehr nutzen können.

Unterstützung für den Landwirt kommt unter anderem vom grünen Landtagsabgeordneten Georg Ecker: „Es ist absurd, wenn es kein Problem ist, an dieser Stelle eine Autobahn zu bauen. Aber plötzlich soll es ein Problem sein, wenn an derselben Stelle Aronia angebaut werden?“ Er sieht die politische Verantwortung für den Fall beim für Umwelt zuständigen Landeshauptrau-Stellvertreter, Stephan Pernkopf (ÖVP). An ihn hat er im Landtag zuletzt auch eine

Anfrage zum generellen Zustand der Natura-2000-Gebiete gestellt, den er für nicht ausreichend hält. „Denn Sandboden und Praterterrasse ist nicht das einzige in Niederösterreich, das fragwürdig erhalten ist.“

Prüfung für „Rechtssicherheit“

In der für Naturschutz zuständigen Fachabteilung der Landesregierung betont man auf Anfrage der „Presse“, dass die Bezirkshauptmannschaft den Landwirt nur über die rechtlichen Möglichkeiten eines Feststellungsantrages informiert habe, „welcher der Rechtssicherheit von GrundeigentümerInnen dient“. Dass ein Projekt zu einer erheblichen Beeinträchtigung eines Europaschutzgebietes führen könne, müsse auf Antrag eines Projektwerbers oder der NÖ Umweltschutzbehörde geprüft werden. Da zu dem aktuellen Fall aber „kein solcher Antrag vorliegt, werden auch keine weiteren Schritte eingeleitet“.

Parkpickerl-Server durch Tausende Anträge überlastet

Ausweitung. Auch Cyberangriffe verhindern Online-Anträge seit Montag. Stadt erweitert Bezirksamt-Zeiten.

Wien. „Aktuell kommt es zu Störungen im Bereich des Parkpickerl-Online-Antrags. Sollte der Antrag nicht funktionieren, bitten wir Sie, den Online-Antrag zu einem späteren Zeitpunkt zu erstellen.“ Diese Fehlermeldung erschien seit Montagabend vielen, die versuchten, das Wiener Parkpickerl online zu beantragen. Die Tausenden Ansuchen, die derzeit aufgrund der Ausweitung der Kurzparkzonen auf fast das gesamte Stadtgebiet ab März eingehen, überlasten die Server. Hinzu kommt, dass diese wiederum derzeit durch Cyberangriffe geflutet werden, was die Kapazitäten ebenso belastet. Das Büro von Verkehrsratspräsidentin Ulli Sima (SPÖ) bestätigte am Mittwoch entsprechende Berichte von „ORF“ und der „Kronen Zeitung“.

„Die Serverkapazitäten wurden bereits intensiv ausgebaut - wir arbeiten mit einem noch nie dagewesenen Niveau an Serverkapazitäten für die Parkpickerl-Antragstellungen“, hieß es in

einer schriftlichen Stellungnahme. Die Server würden aktuell nochmals aufgestockt. „Im Falle von Verzögerungen bitten wir darum, dass man nicht mehrfach hintereinander einsteigt“, wurde betont. IT-Experten der Stadt Wien würden „auf Hochdruck an der Problembeseitigung“ arbeiten.

Nur mit Termin aufs Amt

63.000 Anträge aus bisher parkpickerlfreien Zonen sind bereits eingegangen, die Stadt rechnet noch mit 80.000 bis 110.000 fehlenden Anträgen bis Ende des Monats. Um den Andrang etwas abzufangen, haben die Bezirksämter Simmering, Hietzing/Penzing, Floridsdorf, Donaustadt und Liesing ihre Öffnungszeiten erweitert und zudem an den Samstagen am 19. und am 26. Februar für persönliche Antragstellungen von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Dazu muss ein persönlicher Termin online (unter wien.gv.at/verkehr/parken) oder telefonisch beim jeweiligen Bezirksamt gebucht werden. (APA)

Experten: Stadtstraße verkleinern

Verkehr. Wien fehle ein Gesamtkonzept, das Alternativen zum Auto fördere, urteilen Wissenschaftler von TU, BOKU und WU und fordern eine Redimensionierung der Straße.

Wien. Seit die Bagger auf der bis vor kurzem noch besetzten Baustelle wieder aufgefahren sind, ist die Diskussion um die Stadtstraße in Wien-Donaustadt für die Stadtergierung erledigt. Für andere nicht: Experten der Verkehrs- und Wirtschaftswissenschaften sowie der Stadtplanung drängen am Mittwoch bei einem Pressegespräch auf ein Umdenken bei der Planung und Umsetzung des Straßenprojekts. Der Stadt fehle ein Konzept, das neben dem Autoverkehr die Nutzung alternativer Fortbewegungsmittel fördere, so der Tenor.

Die Absage des Lobautunnels vor dem Hintergrund der drohenden Klimakatastrophe müsse Anlass sein, das Projekt neu zu denken, sagte Verkehrswissenschaftlerin Barbara Laa von der TU Wien: „Die Stadtstraße ist damit eine lokale Erschließungsstraße und schlichtweg überdimensioniert“. Die ursprünglich angedachte Entlastungswirkung sei außerdem nicht mehr nötig, „da sich der Motorisierungsgrad der Stadt nicht so stark entwickelt hat, wie noch bei der Planung der Straße angenommen“, sagte Laa. Halbiert die

Stadt - so wie geplant - den Anteil des Autoverkehrs bis 2030, würde eine abgespeckte Version der Stadtstraße ausreichen, meinte die Expertin, die sich vor dem Bau von hochrangigen Straßen für „Klimachecks“ aussprach. Stattdessen müssten öffentliche Verkehrsmittel ausgebaut und eine bessere Infrastruktur für Radfahrer und Fußgänger zur Verfügung gestellt werden. Durch den Straßenbau würde hingegen verhindert, dass Menschen auf andere Verkehrsmittel umsteigen, sagte Laa.

S-Bahn und Bus auf Tangente

Konkrete Vorschläge, wie ein alternatives Verkehrskonzept für die Donaustadt aussehen könnte, veröffentlichte vor kurzem der Leiter des TU-Instituts für Verkehrsplanung, Günther Emberger. Er plädierte unter anderem für die Wiederaufnahme geschlossener S-Bahn-Stationen, die Anpassung der Busspuren an die neuen Wohngebiete und eine Busspur auf der Süd-Ost-Tangente.

Auch für den Raumplaner Andreas Bernögger gibt es „keinen fachlichen Grund“, warum die

Stadtstraße für den Wohnungsbau für 17.500 Menschen in der Seestadt vorgeschrieben worden sei. Er forderte ein Gesamtkonzept der Stadt Wien, wenn die Klimaziele und die geplante Verkehrsentslastung erreicht werden sollen.

Derzeit sei der Fokus stark auf ein Funkzionieren des Autoverkehrs gerichtet, „die Abhängigkeit vom Pkw ist aber kein Naturgesetz“, meinte auch der Boku-Verkehrswissenschaftler Paul Pfaffenbichler. Sowohl den innerstädtischen Bereich als auch die Peripherie der Städte und den ländlichen Raum müsse man „radikal neu denken“. Städte wie Madrid, Oslo oder Paris würden bereits großzügig auf Autos verzichten.

Als „ambitioniert und richtungsweisend“ wertete die Ökonomin der WU, Sigrid Stagl, den Wiener Klimafahrplan. Dieser erfordere jedoch Partizipation, Dialog und transparente Entscheidungen, um „die gesamte Bevölkerung mitzunehmen“. Insofern bedauere sie die gescheiterten Gespräche im Stadtstraßen-Konflikt. Die Experten hoffen, den Dialog mit der Stadt fortzusetzen. (APA/twi)